

Medienorientierung vom 11. September 2012

Gesamtstrategie 2013

Voranschlag 2013

Stefan Roth, Stadtpräsident

Adrian Borgula, Stadtrat

Manuela Jost, Stadträtin

Martin Merki, Stadtrat

Ursula Stämmer, Stadträtin

Roland Brunner, Finanzverwalter

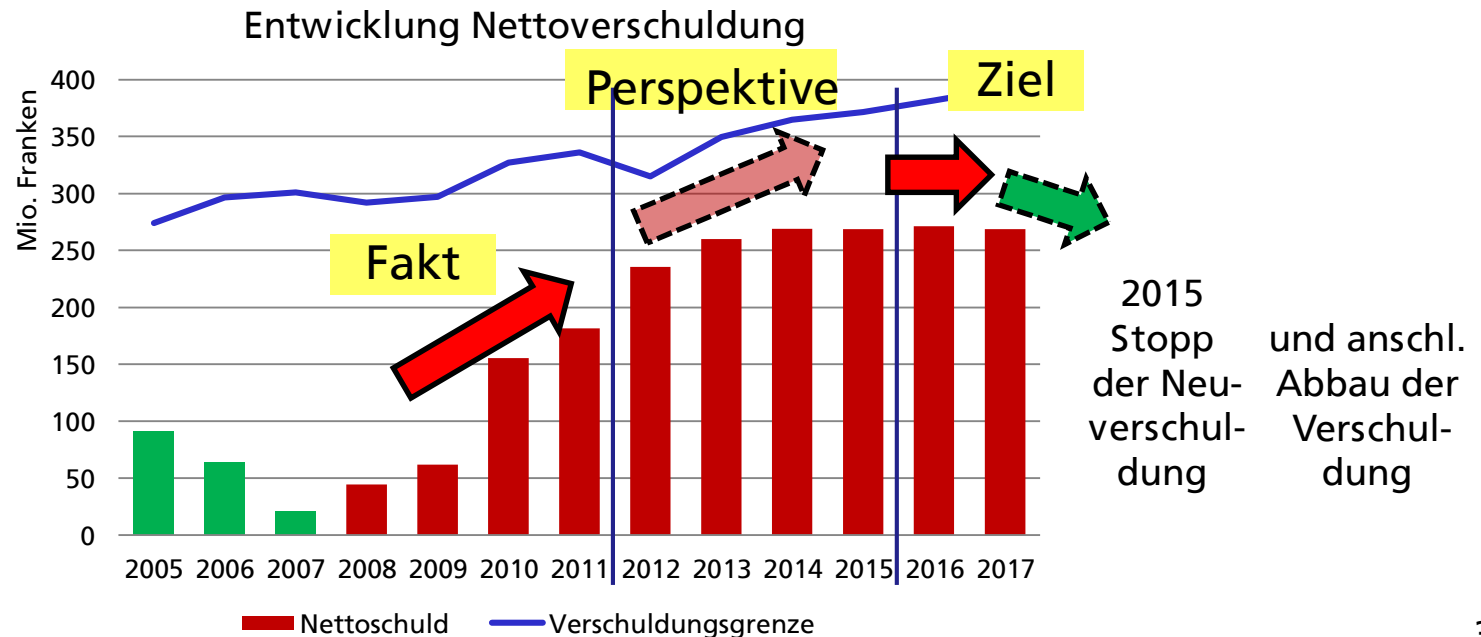
Luzia Vetterli, Präsidentin GPK

Ablauf

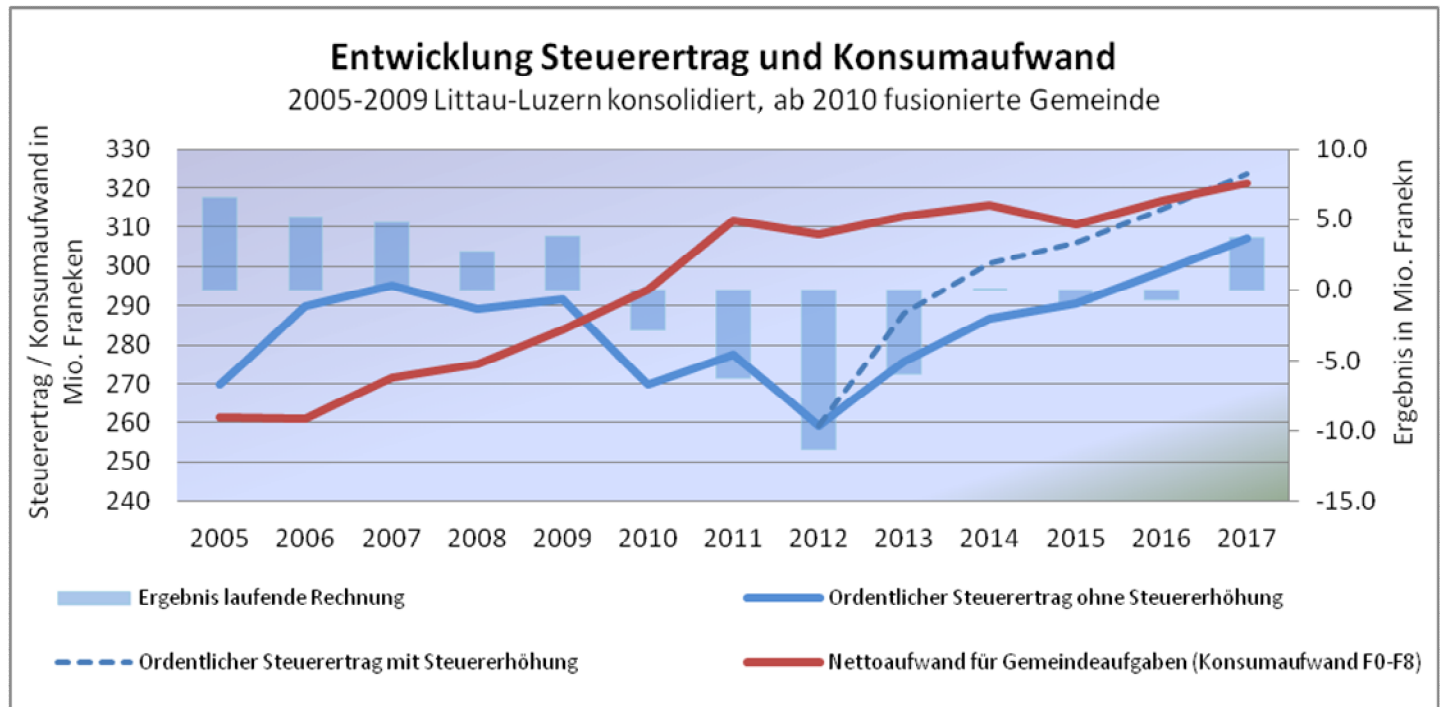
- | | | |
|----|--|----------------|
| 1. | Begrüssung | Niklaus Zeier |
| 2. | Gesamtstrategie 2013 | Stefan Roth |
| 3. | Kennzahlen zu Voranschlag 2013
und Finanzplanung 2013-2017 | Roland Brunner |
| 4. | Das 4-Mio.-Paket | Stefan Roth |
| 5. | Massnahmen bei Ablehnung der
Steuererhöhung - Das 15-Mio.-Paket | alle Stadträte |
| 6. | Gesamtplanung 2013-2017 als Basis | Adrian Borgula |
| 7. | Einschätzung der GPK | Luzia Vetterli |
| 8. | Abschliessende Gesamtwürdigung | Stefan Roth |
| 9. | Fragen und Interviews | |

Finanzpolitisches Hauptziel

Spätestens 2015 hat die Stadt Luzern einen Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 100 Prozent erreicht, sodass die Verschuldung ab 2016 wieder abgebaut werden kann.



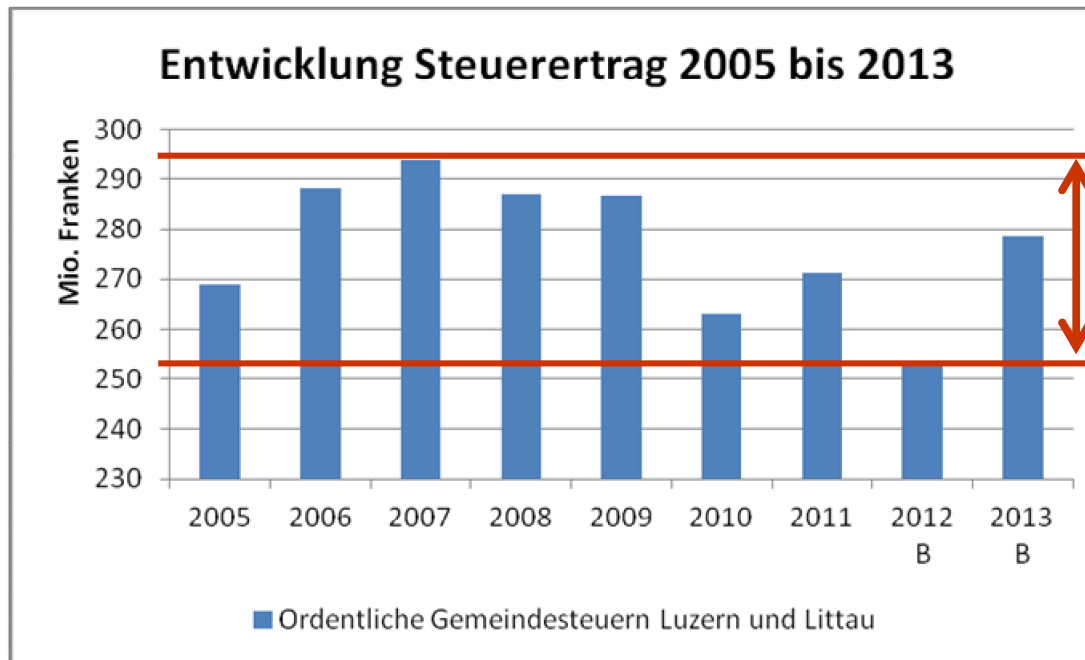
Strukturelles Defizit



- Eine Kumulation von Ertragsausfällen und Mehrausgaben führt zu einem strukturellen Defizit von rund 25 Mio. Franken jährlich.

Ursachen des strukturellen Defizits

Ertragsausfälle 2007-2012



2005-2009: Erträge Littau-Luzern konsolidiert / ab 2010 fusionierte Gemeinde

Bisherige Massnahmen

Nachhaltige Entlastungen ab 2007 41,5 Mio. Fr.

Seit 2007 vier Entlastungsprogramme realisiert:

	Mio. Fr.
▪ Entlastungs- und Überprüfungsprojekt EÜP 2006-2010	- 10,7
▪ Synergien aus Fusion Littau-Luzern (netto: Synergien abzüglich Leistungsangleichungen)	- 9,1
▪ Sparpaket 2011	- 15,0
▪ Verzichts- und Kompensationsplanung	- 5,7

davon werden 7 Mio. Franken in den Jahren 2013 und später umgesetzt.

Neue Belastungen durch übergeordnetes Recht

Zusätzliche Mehrkosten, netto 23,3 Mio. Fr.
(wirksam ab 2011)

- Pflegefinanzierung (ab 2011) 16,0 Mio.
- Neuer Finanzierungsschlüssel Sonderschulkosten (ab 2011) 1,8 Mio.
- Neues Kindes- und Erwachsenen-schutzrecht (ab 2013) 1,5 Mio.
- Ausbau Betreuungsangebote VS 2,7 Mio.
(ab 2013, gestaffelt)
- Ausgleich Kalte Progression 5,0 Mio.
(voraussichtliche Ertragsausfälle 2015)

Zusätzliche Entlastungen in der Planperiode

- Anpassung Finanzausgleich /
Erhöhung Soziallastenausgleich - 3,7 Mio.
(ab 2013)

Strategie zur Zielerreichung



6

15

4

Mio. Fr.

Verbesserungen
im Rahmen der
Budgetierung
2013

Steuerfusserhöhung
um 1/10 Einheit
ab 2013

Entlastungen
Umsetzung ab
2014

Strategie zur Zielerreichung

Stärkung der Ertragskraft:

- **Entwicklung Schlüsselareal Steghof**
vorantrieben – Verkauf Areal
Industriestrasse ermöglicht den Bau von 70
Wohnungen und 9'500 m² Gewerbe- und
Dienstleistungsflächen
- **Registerharmonisierung**
Dank Registerharmonisierung können
Steuerdomizile besser abgeklärt werden,
was zu höheren Steuererträgen führen
wird.

[in Mio. Franken]	Voranschlag 2013	Voranschlag 2012	Abw.
Konsumaufwand, netto	-325.3	-320.9	-4.4
Steuern, Finanzen	313.1	287.5	25.6
Rohergebnis	-12.2	-33.4	21.2
Entnahme Steuerausgleichsreserve	4.2	20.0	-15.8
Entnahme Reserve Fusion	2.0	2.0	0.0
Ergebnis	-6.0	-11.4	5.4
Nettoinvestitionen ohne Spezialfinanzierungen	56.8	58.0	-1.2
Verschuldungszunahme	-24.2	-54.0	29.8
Selbstfinanzierungsgrad	54.5%	0.5%	54.0%

Trotz rigorosen Budgetrichtlinien, Entnahmen aus Eigenkapitalreserven und einer Steuererhöhung um eine Zehnteinheit resultiert ein Aufwandüberschuss von 6 Mio. Franken.

Ordentliche Gemeindesteuern [in Mio. Franken]	Voranschlag 2013	Voranschlag 2012	Abw.
Steuerfuss	1.85	1.75	
Natürliche Personen	227.1	205.6	21.5
Juristische Personen	41.7	39.0	2.7
Total ordentliche Gemeindesteuern	268.8	244.6	24.2
Anteil Ertrag Juristische Personen	15.5%	15.9%	0.4%

Der Mehrertrag bei den Gemeindesteuern setzt sich wie folgt zusammen:

- 15 Mio. Franken aus Steuererhöhung
- 9 Mio. Franken aus Wachstum
(NP 3,5 % / JP 6 %)

Investitionsrechnung [in Mio. Franken]	Voranschlag 2013	Voranschlag 2012	Abw.
Bruttoinvestitionen	62.5	66.4	-3.9
Nettoinvestitionen	56.8	58.0	-1.2
Spezialfinanzierungen	-5.2	-4.4	-0.8
Investitionen ausserhalb Plafond	-1.6	-6.1	4.5
Nettoinvestitionen ohne Spezialfinanzierungen (im Plafond)	50.0	47.5	2.5

- Der Investitionsplafond beträgt 50 Mio. Franken
- Die Investitionen werden mit 80 % vom Plafond abgeschrieben

Fazit

- Trotz geplanter Steuererhöhung und rigorosen Budgetvorgaben muss im Voranschlag 2013 nochmals ein **Verlust in der Laufenden Rechnung** von rund **6 Mio. Franken** ausgewiesen werden und die **Nettoverschuldung steigt um 24,2 Mio. Franken** an.
- Die Budget-Vorgaben - sowohl bezüglich Laufender Rechnung wie auch bezüglich Investitionsrechnung - konnten nur mit grossen Anstrengungen erreicht werden.

Planergebnisse

[Mio. Franken bzw. %]	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Rohergebnis	-29.7	-33.4	-12.2	0.1	-0.8	-0.7	3.7
Auflösung Steuerausgleichsreserve	20.0	20.0	4.2				
Entnahme Reserven (FLL / PK)	3.0	2.0	2.0				
Rechnungsergebnis	-6.7	-11.4	-6.0	0.1	-0.8	-0.7	3.7
Selbstfinanzierungsgrad	54%	1%	54%	76%	100%	99%	109%
Selbstfinanzierungsgrad 5 Jahre	84%	56%	51%	46%	55%	63%	86%
Nettoschuld Ende Jahr	181	236	260	269	268	271	269
Zu- (+) / Abnahme (-) Nettoschuld	26	54	24	9	0	3	-2
Nettoschuld pro Kopf Ende Jahr	2'326	3'020	3'330	3'446	3'442	3'475	3'444
Eigenkapital bzw. Bilanzfehlbetrag	40	6	-6	-6	-7	-7	-4

- Ziel – Stopp Neuverschuldung 2015 – wird planerisch erreicht.
- Die Nettoverschuldung steigt bis 2015 weiter an und bleibt in den Folgejahren stabil bei rund 270 Mio. Fr.
- Das Eigenkapital ist Ende 2013 aufgebraucht.

Zielsetzungen

- Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 2015 wieder mindestens 100%
- Anschliessend wird die Nettoverschuldung wieder reduziert
- Am Ende der Planperiode (2017) befinden sich die Finanzkennzahlen innerhalb der kantonalen Bandbreiten:
 - Laufende Rechnung im Durchschnitt von 5 Jahren ausgeglichen ✓
 - Selbstfinanzierungsgrad im Durchschnitt von 5 Jahren über 80 % ✓
 - Selbstfinanzierungsanteil höher als 10 % ?

Das 4-Mio.-Paket

Zur Erreichung der Zielsetzungen sind neben einer Steuererhöhung um eine Zehnteinheit Entlastungsmassnahmen im Umfang von 4 Mio. Franken notwendig.

In Ergänzung zur Steuererhöhung sind zusätzliche Entlastungen im Umfang von rund 4 Mio. Franken zu realisieren. Diese Massnahmen werden ergänzend zur Steuererhöhung umgesetzt.

Gesamtüberblick (nach Art der Massnahmen)

Art der Massnahme	Mio. Fr.	in %
Abbau / Verzicht auf Leistungen, Subventionen	2,3	59 %
Entschädigung Personal	0,9	23 %
Ertragssteigerungen	0,7	18 %
TOTAL	3,9	100%

Total Stellenreduktion: 9,4 Vollzeitstellen, wovon 4,9 Auslagerung KJZK

Die Massnahmen im Einzelnen - 4 Mio.-Paket

Bildung, Kultur und Freizeit	Mio. Fr.	Stellen-%
Einsparungen und Schulgelderhöhung bei der Musikschule	0,28	60
Privatisierung / Verkauf Jugendzahnklinik	0,25	490
Mittagstisch Sekundarstufe wird nicht eingeführt	0,2	
Schliessung Bibliothek Ruopigen	0,2	90
Streichung Betriebskostenbeitrag Zentrum St. Michael	0,1	
Teilverzicht Beiträge Film + Fernsehen	0,02	

Die Massnahmen im Einzelnen - 4 Mio.-Paket

Umwelt, Verkehr, Sicherheit	Mio. Fr.	Stellen-%
Übertragung betrieblicher Unterhalt der Trottoirs/Gehwege (insbesondere Reinigung) an Hauseigentümer	0,3	
Reduktion Unterhalt Park- und Grünanlagen	0,3	300
Einführung von Bestattungsgebühren (nur noch eine Bestattungsart kostenlos)	0,25	
Neue Finanzierung der Parkplatzwärterdienste der Carparkplätze am Schwanen- und Löwenplatz unter Entlastung der Stadt Luzern	0,17	
Verzicht auf Videoüberwachung beim Bahnhof und Stadthaus	0,03	

Die Massnahmen im Einzelnen - 4 Mio.-Paket

Infrastruktur	Mio. Fr.	Stellen-%
Reduktion der geplanten Standards im Bereich Erdbebenertüchtigung	0,375	
Reduktion der Einlagen in den Verkehrsinfrastrukturfonds (Einlage: bisher 5 Mio. / neu 4,5 Mio. Fr. pro Jahr)	0,5	

Die Massnahmen im Einzelnen - 4 Mio.-Paket

Personal	Mio. Fr.	Stellen-%
Reduktion Lohnwachstum um 0,5 % (2014)	0,8	
Reduktion Lohn-Zusatzleistungen Personal und Rentner (REKA-Checks)	0,125	

Total Stellenreduktion: 9,4 Vollzeitstellen, wovon
4,9 Auslagerung KJZK

Massnahmen bei Ablehnung der Steuererhöhung:

Das 15-Mio.-Paket

- Der Stadtrat will:
Steuererhöhung um eine Zehnteinheit
plus Entlastungsmassnahmen im Umfang
von 4 Mio. Franken.
- Das 15-Mio.-Paket kommt nur bei
Ablehnung der Steuererhöhung zur
Umsetzung.

Falls die Steuererhöhung vom Volk abgelehnt würde, sieht der Stadtrat folgende Massnahmen Umfang von rund 15 Mio. Franken zur Entlastungen vor:

Gesamtüberblick (nach Art der Massnahmen)

Art der Massnahme	Mio. Fr.	In %
Abbau / Verzicht auf Leistungen, Subventionen	13,02	86 %
Ertragssteigerungen	2,16	14 %
TOTAL	15,18	100 %

Total Stellenreduktion: 24,2 Vollzeitstellen

Die Massnahmen im Einzelnen - 15 Mio.-Paket

Bildung	Mio. Fr.	Stellen-%
Erhöhung der Tarife bei der schulergänzenden Kinderbetreuung	0,16	
Abschaffung Schwimmunterricht	0,10	110
Abschaffung 3. Musiklektion in der 2. und 3. Klasse	0,28	278

Die Massnahmen im Einzelnen - 15 Mio.-Paket

Kultur und Freizeit	Mio. Fr.	Stellen-%
Reduktion der städtischen Beiträge an KKL und Zweckverband Grosse Kulturbetriebe	2,50	
Streichung Werkbeiträge an Künstlerinnen und Künstler (Kündigung Gemeinschaftswerk Stadt – Kanton)	0,11	

Die Massnahmen im Einzelnen - 15 Mio.-Paket

Soziale Wohlfahrt	Mio. Fr.	Stellen-%
Einschränkung der Bezugsberechtigung für Betreuungsgutscheine familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulalter	0,8	
Aufhebung Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche (Schliessung Quartierbüros)	0,83	660
Streichung Beiträge, Projekte und Förderpools in der Quartier- und Stadtteilpolitik	0,34	

Die Massnahmen im Einzelnen - 15 Mio.-Paket

Umwelt, Verkehr, Sicherheit	Mio. Fr.	Stellen-%
Einstellung der SIP	0,78	700
Reduktion Substanzerhaltung von Gemeindestrassen und Wegnetzen	0,5	400
Erhöhung der Parkinggebühren	0,5	
Reduktion Haltestellen ÖV	0,25	
Kostendeckende Bestattungsgebühren	0,25	
Übertragung betrieblicher Unterhalt der Trottoirs/Gehwege (insbesondere Reinigung) an Hauseigentümer	0,2	200
Reduktion Umweltschutzprojekte	0,2	70
Reduktion der Beiträge für Grossveranstaltungen	0,17	

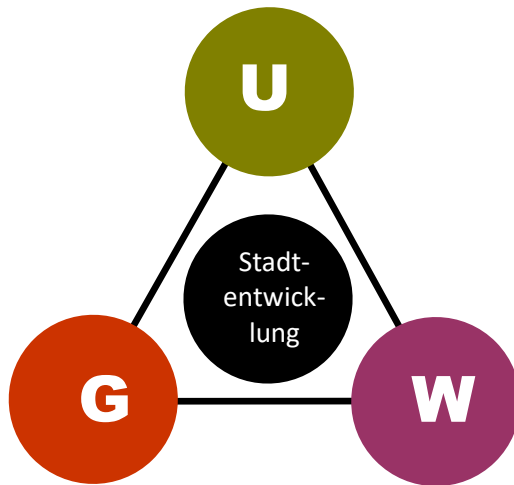
Die Massnahmen im Einzelnen - 15 Mio.-Paket

Infrastruktur	Mio. Fr.	Stellen-%
Reduktion der Investitionen / Herabsetzung Investitionsplafond	3,0	
Reduktion Einlagen in den Verkehrsinfrastrukturfonds (Einlage : bisher 5 Mio. Fr. pro Jahr)	2,0	
Verkauf von Liegenschaften Finanzvermögen	1,25	
Reduktion der Standards im Bereich energetische Gebäudesanierungen	0,6	
Reduktion Stadtentwicklungsprojekte	0,05	

Die Massnahmen im Einzelnen - 15 Mio.-Paket

Volkswirtschaft	Mio. Fr.	Stellen-%
Reduktion der Beiträge Tourismus	0,16	
Streichung Beiträge an Film + Fernsehen	0,15	

Politische Hauptstossrichtungen



Luzern macht sich für eine lebendige Stadtregion in Freiheit und Sicherheit stark.

Luzern sichert als Energiestadt seine Lebensgrundlagen und reduziert Umweltbelastungen sowie Ressourcenverbrauch.

Luzern entwickelt seinen Wirtschaftsraum zum Nutzen der ganzen Zentralschweiz.

- Die drei Dimensionen sollen insgesamt in einem harmonischen Gleichgewicht stehen.
- Handlungsbedarf besteht insbesondere bei der Nachhaltigkeitsdimension Wirtschaft.

Selbstverständnis der Stadt Luzern

1. Das Gleichgewicht der drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Gesellschaft, Wirtschaft, Ökologie – soll gewahrt bleiben; einseitiger Abbau soll vermieden werden.
2. Luzern soll eine soziale Stadt bleiben; das unmittelbare Wohl der städtischen Bewohnerinnen und Bewohner steht im Vordergrund; Abstriche sind jedoch dort möglich, wo die Angebote über die gesetzlichen Standards hinausgehen.
3. Luzern bleibt eine gesellschaftspolitisch offene Stadt mit einem breit diversifizierten Kulturangebot; Abstriche sind jedoch bei teuren Kulturprojekten möglich.
4. Luzern wird weiterhin in seine Infrastruktur investieren; Umfang und Standards müssen jedoch reduziert werden.

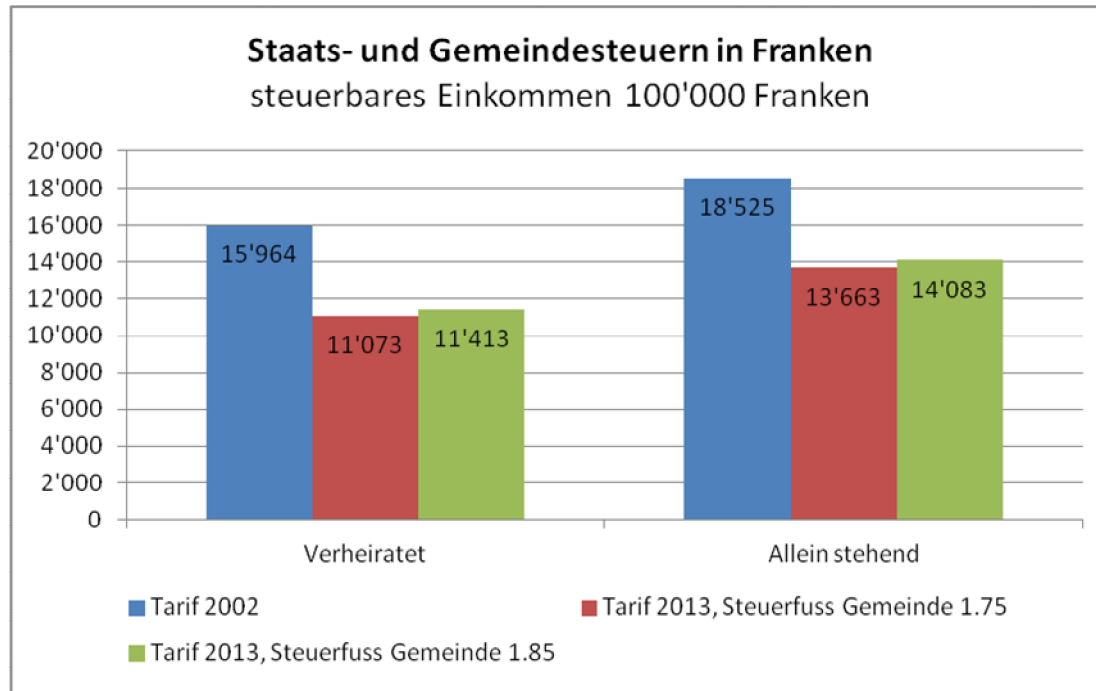
- Die GPK wurde vom Stadtrat in zwei Sitzungen über die Gesamtstrategie informiert.
- Die GPK unterstützt den Stadtrat grossmehrheitlich bei den geplanten Massnahmen.
- Die GPK ist überzeugt, dass die geplante Steuererhöhung um eine Zehnteleinheit sowie die ergänzenden Sparmassnahmen im Umfang von 4 Mio. Franken notwendig sind, um den Finanzhaushalt langfristig zu sanieren.
- Die momentan angespannte Finanzlage wurde mehrheitlich durch exogene Faktoren verursacht. Die Stadt hat in den letzten fünf Jahren mehrere Sparpakete verkraften müssen.
- Die GPK schätzt daher die geplante Steuererhöhung als zwingend notwendig ein, um Luzern als lebenswerte Stadt erhalten zu können.

- Haushaltgleichgewicht wieder herstellen und strukturelles Defizit beseitigen
- Finanzielle Nachhaltigkeit sicherstellen
- Finanzielle Handlungsspielräume für künftige Herausforderungen schaffen und bisherige Errungenschaften sichern



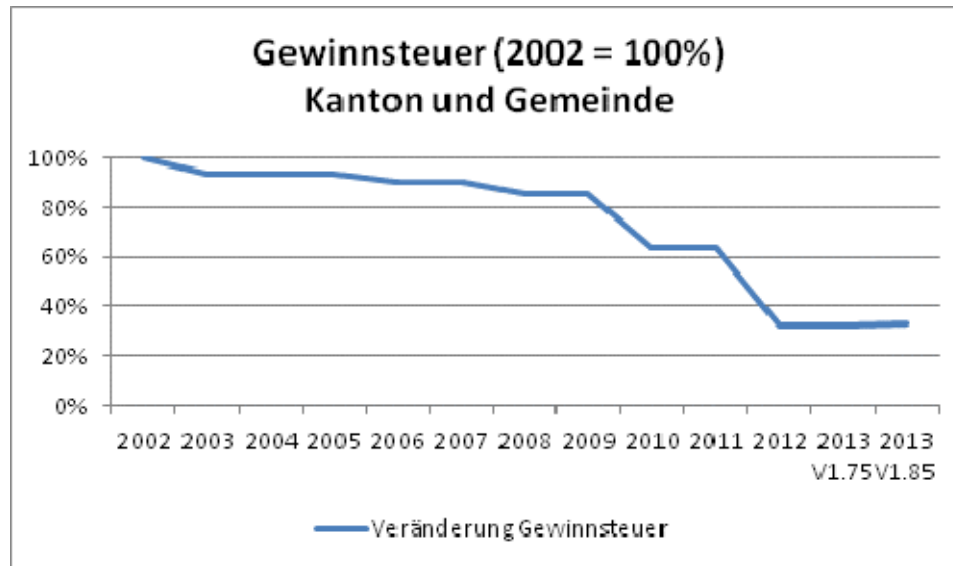
**Steuererhöhung um eine
Zehnteinheit notwendig**

Auswirkungen auf die Einkommenssteuerbelastung



- Die Steuerfusserhöhung um eine Zehnteleinheit bedeutet eine Mehrbelastung bei der Einkommenssteuer von 3.08% (bezogen auf Staats- und Gemeindesteuern)
- Die Einkommenssteuerbelastung auf Ebene Kanton und Gemeinde wurde seit 2002 um rund 25 % reduziert

Auswirkungen auf die Gewinnsteuerbelastung



- Die Steuerfusserhöhung um eine Zehnteleinheit bedeutet eine Mehrbelastung bei der Gewinnsteuer von 3.08% (bezogen auf Staats- und Gemeindesteuern)
- Die Gewinnsteuern für Juristische Personen wurden im Kanton Luzern seit 2002 um 68% reduziert (ohne Berücksichtigung direkte Bundessteuer)

Ohne Steuererhöhung wird ein weiteres Sparpaket mit Entlastungen im Umfang von 15 Mio. Franken notwendig



Ein massiver Leistungsabbau wäre die Folge



Betroffen wären breite Bevölkerungsschichten

Die finanziellen Nachteile einzelner Massnahmen können je nach Situation für die direkt Betroffenen deutlich höher sein als die Mehrkosten einer Steuererhöhung, zum Beispiel:

- Reduktion Betreuungsgutscheine um rund 20 % entspricht einer Reduktion der durchschnittlichen Ausgaben pro Kind und Kita und Jahr von rund **1'200 Franken**
- Steuererhöhung bei einem steuerbaren Einkommen von 80'000 Franken beträgt **247 Franken** (Tarif Verheiratete)

Die einschneidensten Massnahmen:

Bildung	▪ Abschaffung Schwimmunterricht ▪ Abschaffung 3. Musiklektion in der 2. und 3. Primarklasse
Kinderbetreuung	▪ Einschränkung der Bezugsberechtigung für Betreuungsgutscheine
Quartierarbeit	▪ Aufhebung der Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche (Schliessung Quartierbüros) ▪ Streichung der Beiträge für Projekte und Förderpools
Volkswirtschaft	▪ Aufhebung Unterstützung Tourismusorganisationen
Infrastruktur	▪ Reduktion Investitionen (Aufschieben von Sanierung Schulhäuser / Pflegeheime) ▪ Reduktion Einlage Verkehrsinfrastrukturfonds ▪ Reduktion Haltestellen im ÖV

Fazit

- Der Stadtrat setzt sich geschlossen für eine Steuererhöhung um eine Zehnteinheit ein.
- Mit den heute präsentierten Massnahmen im 15-Mio.-Paket zeigt der Stadtrat die Folgen einer Ablehnung der Steuererhöhung auf.
- Diese Massnahmen würden bei einer Ablehnung umgehend zur Umsetzung gelangen. Sie würden zahlreiche Errungenschaften im sozialen, gesellschaftlichen und kulturellen Bereich der Stadt Luzern gefährden bez. in Frage stellen.
- Gleichzeitig gilt es den Wirtschaftsstandort Luzern zu stärken, um die Ertragskraft zu verbessern.

Herzlichen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit

Fragen und Interviews